

1 **Diskussionsanstoß des LJRT:**  
2 **„Parteiendemokratie in der Krise? –**  
3 **Beobachtungen zur Distanz zwischen der Jugend und den Parteien“**  
4  
5

6 **Beobachtungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz von Parteien im Allgemeinen**  
7

8 Die tradierten Milieus in der Parteienlandschaft greifen nicht mehr. Pluralisierung und  
9 Individualisierung der politischen Interessen – auch innerhalb der Parteien – führen dazu, dass  
10 die Kerninhalte der Parteien zum Teil nicht mehr unterscheidbar sind. Dies kann dazu führen,  
11 dass sich Parteienverdrossenheit breit macht, da nicht mehr hinreichend deutlich wird, wofür  
12 die jeweilige Partei steht. Dabei wird deutlich, dass es den beiden großen Volksparteien nicht  
13 mehr gelingt, den Großteil der Wähler\*innen auf sich zu vereinen.  
14

15 Parteien besetzen inhaltlich Politikfelder, die früher für andere standen. Parteien der großen  
16 Koalitionen (und teilweise deren Amtsträger\*innen) behaupten immer wieder, dass ihre Politik  
17 alternativlos sei. Weite Teile der Bevölkerung haben den Eindruck, dass es Parteien nur noch  
18 um den Machterhalt oder den Machtgewinn gehe und nicht mehr um den Interessenausgleich  
19 der unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Unerwünschte Entwicklungen im  
20 bundesdeutschen Parteienspektrum haben ihre Ursache vermutlich auch darin, dass es  
21 Parteien immer weniger vermögen, komplexe Zusammenhänge allen Bevölkerungsgruppen  
22 hinreichend zu erklären. Die bisherigen Schemata vermischen sich und Parteienverdrossenheit  
23 macht sich allenthalben grundsätzlich weiter breit. Obgleich gegenwärtig die Wahlbeteiligung  
24 steigt – begründet ursächlich im Aufkommen der AfD (aktueller Effekt der Erhöhung im Zuge  
25 der Nichtwähler\*innen-Aktivierung) –, bleibt festzuhalten, dass trotz gegenwärtigen Effektes  
26 der Rückgang der Wahlbeteiligung langfristiger Natur ist und tieferer Begründungen unterzogen  
27 werden muss.  
28

29 Des Weiteren ist ersichtlich, dass die Wahlbeteiligung auf den unterschiedlichen Ebenen  
30 deutlich differiert. Im Ergebnis ist festzustellen: Auf kommunaler Ebene ist die Wahlbeteiligung  
31 am geringsten; sie liegt in manchen Gemeinden um 30 %. Bei Stichwahlen noch darunter. Das  
32 Interesse am Mitentscheiden sinkt in der Bevölkerung.  
33

34 Bei der Betrachtung der Wahlbeteiligung zeichnet sich ab, dass die Beteiligungsquote junger  
35 Menschen unter der Wahlquote liegt. Obwohl die AfD bei Wahlen in der Altersgruppe der 18-  
36 bis 24-Jährigen unterdurchschnittlich abschneidet, wird deutlich, dass die demokratischen  
37 Parteien an Bindekraft verlieren. Ob dies auf eine langfristige Entwicklung hindeutet, oder ein  
38 kurzfristiger Trend ist, bleib abzuwarten.  
39

40 Die abnehmende Wahlbeteiligung betrifft dabei auch jene Altersgruppe, für die das Wahlalter  
41 im „mehr“-demokratischen Sinne eigentlich abgesenkt wurde.  
42

43 Junge Menschen, auch und gerade die, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind  
44 Teil der Gesellschaft, mit vielen Rechten, aber auch mit eigenen Vorstellungen und Ansprüchen,  
45 die wahrgenommen und im politischen Alltag umgesetzt werden müssen. Sie wollen mitreden  
46 und sich einbringen, scheitern jedoch möglicherweise an den starren Strukturen und langen

47 „Karrierewegen“ innerhalb der Parteien. Dies kann eine Erklärung dafür sein, warum die  
48 demokratischen Parteien an Attraktivität für sie verloren haben.

49  
50

### 51 **Beobachtungen hinsichtlich einer Distanz junger Menschen zu Parteien im Besonderen**

52

53 Politische Parteien versuchen, Jugendliche zwar anzusprechen. Die politischen  
54 Jugendorganisationen ebenso wie politische Parteien sehen es als ihre Aufgabe an, die  
55 Interessen junger Menschen innerhalb der Parteien zu vertreten. Fraglich ist jedoch, ob es den  
56 Parteien gelingt, das Vertrauen der Jugendlichen zu erreichen.

57

58 Das politische System in Deutschland ist komplexer und politische Entscheidungen sind  
59 komplizierter geworden. Um sie verstehen zu können, ist heute mehr als politisches  
60 Grundwissen erforderlich.

61 Parteien versuchen, Jugendliche mit breitem – aber auch weniger ausgeprägtem – Basiswissen  
62 und Interesse sowie mit Hilfe von Partei- und Wahlprogrammen anzusprechen, vor allem um  
63 den eigenen Parteienwuchs zu sichern und „milde“ zu stimmen. Folgt nach breit diskutierten  
64 und hart umkämpften Wahlprogrammaussagen eine Regierungsbeteiligung, so bleibt oftmals,  
65 insbesondere von den hart umkämpften Wahlaussagen, wenig übrig. Hierbei wird immer  
66 wieder auf den/die anderen Koalitionspartner\*innen verwiesen.

67

68 Jugendliche haben für sich einen Seismograf: Wird ihr Vertrauen in eine Partei enttäuscht,  
69 gewinnen sie den Eindruck, die Parteien, Regierung und Politiker\*innen nehmen ihre  
70 spezifischen Interessen und ihre Ängste nicht ernst, so distanzieren sie sich. Die Folge ist: Das  
71 bereits zurückhaltende Vertrauen zum politischen System schrumpft weiter.

72

73 Auffällig ist des Weiteren, dass das Interesse Jugendlicher an globalen Themen höher als bei  
74 „nahen“ Themen ist. Dies zeigten beispielsweise zuletzt die Demonstrationen gegen TTIP und  
75 CETA. Dies zeugt jedoch auch davon, dass ein Interesse an politischen Debatten und somit auch  
76 ein großes Mobilisierungspotential durchaus vorhanden ist. Das Problem der Kommunalpolitik  
77 jedoch ist, dass die herkömmlichen Debattenformate verstaubt und uninteressant wirken. Hier  
78 müssen die Parteien anstatt der starren Diskussionsforen neue Formate wie einen Ausbau der  
79 Onlinebeteiligungsmöglichkeiten ausprobieren, um dieses Mobilisierungspotential nutzen zu  
80 können.

81 Dabei spielt auch die Themenwahl eine Rolle. Die aktuellen Debatten beispielsweise um die  
82 Rentenerhöhung oder die Feststellung, dass das Internet Neuland wäre, verstärken die  
83 Politikverdrossenheit unter Jugendlichen. Bildungspolitik, Breitbandausbau, Industrie 4.0 und  
84 ähnliche zukunftsorientierte Themen finden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht denselben  
85 Raum. Diese Themen würden jedoch junge Menschen verstärkt ansprechen.

86

87 Dadurch, dass alle Minderjährigen auf Grund des Wahlalters von den Wahlen (abgesehen von  
88 ein paar Landtags- und Kommunalwahlen) ausgeschlossen sind und es auch keine wirklichen  
89 alternativen politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche gibt, gibt es auch für  
90 Politiker\*innen auch keine Notwendigkeit, um die Gunst von Jugendlichen zu werben und  
91 deren Themen zu bedienen.

92

93 Zum anderen spiegeln sich auch die altersbedingten Interessen der Abgeordneten in den  
94 Debatteninhalten wider. Solange das Durchschnittsalter in den (Kommunal-, Landes- und  
95 Bundes-)Parlamenten und den Parteien näher am Rentenalter als an der Jugend ist, werden  
96 bestimmte Themen und Innovationen nicht wirklich berücksichtigt. Jugendliche müssen stärker  
97 in die politischen Debatten und Entscheidungsprozesse eingebunden werden und das sowohl in  
98 der allgemeinen Politik als auch bei den Parteien.

99  
100 Unverständliche und abstrakte „Insider\*innensprache“ sowie das hohe Alter vieler  
101 Politiker\*innen, komplizierte und undurchsichtige Strukturen, mangelnde Nähe und  
102 mangelndes Vertrauen in Politiker\*innen sind mögliche Gründe, weshalb sich Jugendliche von  
103 Politik und Parteien abwenden, anstatt mitzumachen und mitzudenken. Offensichtlich wird  
104 auch wahrgenommen, dass Politiker\*innen oft vermeintliche Stimmengewinne für ihre Partei  
105 über moralische Ansprüche und die eigene Parteiprogrammatik stellen.

106  
107 Die Distanz junger Menschen erfährt auch eine Begründung durch das Elternhaus und die  
108 Schule. Um sich für Politik zu interessieren und sich auch in Parteien zu engagieren, bedarf es  
109 zunächst einmal einer grundsätzlichen Aufgeschlossenheit gegenüber politischen Fragen. Diese  
110 spielen in Schule kaum eine Rolle. Ebenso auch im Elternhaus und wenn doch, dann oft negativ  
111 besetzt. Beide Sozialisationsinstanzen müssten eine gewisse Vorbildfunktion ausüben, um  
112 politisches Desinteresse erst gar nicht aufkommen zu lassen.

113  
114  
115  
116 **Empirische Befunde hinsichtlich des politischen Interesses bzw. der politischen Partizipation**  
117 **junger Menschen**

118  
119 Es ist bereits längere Zeit zu konstatieren, dass unterschieden werden muss zwischen dem  
120 Interesse **an Politik** und dem möglichen Engagement **in der Politik**, respektive den Parteien.

121  
122 Stellt die 17. Shell Jugendstudie 2015 fest, dass sich das Interesse an Politik bemerkenswert  
123 erhöht (teilweise um 50 % und dies in mehreren Zielgruppen), zitiert sie aber gleichzeitig  
124 Jugendliche, die meinen, sich niemals in der Politik engagieren zu wollen.

125  
126 Das Vertrauen in gesellschaftliche Gruppierungen und Institutionen ist zwar etwas gestiegen,  
127 Parteien genießen allerdings das geringste Vertrauen. Die Motivation zum politischen  
128 Engagement hat sich verändert.

129  
130 Dies wird auch daran deutlich, dass sich junge Menschen zwar engagieren, aber nicht in  
131 politischen Parteien. Soziales und politisches Engagement außerhalb der Parteien – in  
132 Jugendverbänden, Vereinen, Bürgerinitiativen, Projekten – wird durch Jugendliche gelebt und  
133 deshalb auch für die Stabilität des politischen Systems und der Demokratie ebenso wichtig.  
134 Junge Menschen bringen somit zum Ausdruck, sich für die Gestaltung unseres Gemeinwesens  
135 verantwortlich zu fühlen. Sie sehen innerhalb der Parteistrukturen kaum die Möglichkeit der  
136 Einflussnahme und auch keine Ergebnisse ihres Engagements.

137  
138 Reicht dies jedoch aus?

139

140 Wenn politische Parteien künftig ihre Funktion im politischen System – von der  
141 Interessenartikulation und Partizipation über Politikformulierung und -kontrolle bis hin zur  
142 Personalrekrutierung und demokratischen Legitimation politischer Entscheidungen – erfüllen  
143 wollen, müssen sie für junge Menschen attraktiver werden: Sie müssen sich öffnen für die  
144 Wünsche, aber auch Visionen junger Menschen, müssen ihnen die Möglichkeiten geben, ihre  
145 Interessen selbst zu vertreten und als Partner\*innen auf Augenhöhe ernst genommen zu  
146 werden. Das heißt auch, dass die Ideen junger Menschen in die Praxis umgesetzt werden  
147 sollten, wenn dies möglich ist.

148

149

150

151 **Wir regen an, dass sich die Parteien selbst, aber auch alle anderen, an einem**  
152 **gesellschaftlichen Diskurs zur Zukunftsfähigkeit unserer Parteiendemokratie Interessierten**  
153 **mit folgenden Fragen intensiver auseinandersetzen:**

154

155 ➤ Welche Strategien verfolgen die demokratischen Parteien in Thüringen selbst, um für  
156 junge Menschen attraktiver zu werden?

157 ➤ Was sind die Ursachen dafür, dass Parteien zu einschlägigen strukturellen  
158 Veränderungen oftmals nicht fähig oder willens sind?

159 ➤ Warum scheuen sich Parteien noch zu sehr, Instrumente einer Eigenständigen  
160 Jugendpolitik (z.B. verbindliche Mitentscheidungsquoten für junge Menschen,  
161 Jugendcheck, ...) stärker und zeitnäher voranzubringen?

162 ➤ Sind Parteien angesichts des immer weiter zurückgehenden politischen Mitwirkens  
163 (insbesondere der jungen Generation) überhaupt noch ein zukunftsfähiges Modell  
164 unserer parlamentarischen Demokratie?

165

166